

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 48

Charlottenburg, Freitag, den 26. November 1915

Jahrg. 42

## Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 8. bis 13. November haben keine Berichte eingesandt:

Höhr, Liegnitz, Schney, Wunsiedel.

Das Verbandsbüro.

## Statistik. (Graue Karten.)

Mit dieser (Nr. 48) „Die Ameise“ erhalten die Zahlstellenkassierer die (graue) Karte für die monatliche Arbeitslosen-Statistik. Als Stichtag gilt der 27. November. Die Zahlstellenkassierer wollen diese Karte am 27. November ausfüllen und sofort, spätestens am 3. Dezember einsenden.

Das Verbandsbüro.

## Die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1914.

Seit der ersten Aufnahme der Gewerkschaftsstatistik sind nunmehr 25 Jahre verflossen. Die jüngste Statistik weicht insofern von denen der früheren Jahre ab, als sie neben den Uebersichten über das gesamte Jahr 1914 auch getrennte Uebersichten über das erste und zweite Halbjahr 1914 enthält. Diese Teilung läßt den Einfluß des Krieges auf die Gewerkschaften deutlicher erkennen, als die Uebersicht über das gesamte Jahr. Diese Erkenntnis ist von hoher Bedeutung für die Bewertung des gewerkschaftlichen Wirkens während des Krieges und wird deshalb diese Teilung der Jahresstatistik auch einen bleibenden Wert für die Zukunft haben. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in diesem Aufbau der Statistik eine hervorragende statistische Leistung der Zentralverbände liegt, die umso höher bewertet werden muß, als den Organisationen durch Einberufung von Funktionären zum Kriegsdienst eine große Anzahl von Arbeitskräften entzogen wurde. Genau ließ sich allerdings der Trennungsstrich in der Statistik zwischen der Zeit vor und nach Kriegsausbruch nicht ziehen, da der Krieg erst einige Wochen nach dem Ablauf des ersten Halbjahres ausbrach. Doch beeinträchtigt dieses Moment den Wert der Halbjahresübersichten ganz unerheblich.

Auch während der Kriegszeit hat sich die Vertretung der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften als notwendig erwiesen. In der Gewerkschaftsstatistik vom Jahre 1914 wird im begleitenden Text ein gedrängter Umriss von den Aufgaben, die während des Krieges von den Gewerkschaften zu erledigen waren und noch zu lösen sind, gegeben. Darunter sind zu nennen: die Arbeitslosenfürsorge, die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, der den Familien der Kriegsteilnehmer gewährte Rechtschutz, die Aufrechterhaltung der Tarifverträge und schließlich der fortgesetzte Kampf gegen die Nahrungsmittelteuerung.

Die Ergebnisse der Statistik des Kriegsjahres 1914 liefern einen glänzenden Beweis für die ungebrochene Lebenskraft der Gewerkschaften. Nach diesem Ergebnis wird niemand mehr daran zweifeln, daß die Gewerkschaften nicht nur den Krieg über völlig durchhalten, sondern auch nach Beendigung des Krieges die Probe auf ihre Leistungsfähigkeit, bei dem zu erwartenden Ansturm auf ihre Kassen bestehen werden. Wohl sind einzelne Verbände hart mitgenommen worden, im allgemeinen ist jedoch der Stand der Gewerkschaften ein günstiger.

Durch die Einberufung zum Kriegsdienst sind allerdings die Gewerkschaften stark geschwächt worden. Die der Generalkommission angeschlossenen 46 Zentralverbände (außer den Verbänden der Hausangestellten und Landarbeiter) zählten am Schluß des Jahres 1914 1 485 428 Mitglieder gegen 2 498 959 im Vorjahre. Bis zum Jahreschluß waren 746 551 Mitglieder, darunter 562 besoldete Angestellte zum Kriegsdienst eingezogen. Es verbleibt demnach ein weiterer Verlust von rund 200 000 Mitgliedern. Dieser Verlust ist aus verschiedenen Ursachen erklärlich. Ein Teil wird noch auf Konto der Einberufungen zu setzen sein, die den Vorständen nicht gemeldet wurden. Durch den Einfall der Feinde in deutsche Gebietsteile, besonders der Russen im Osten, wurden eine Anzahl Zweigvereine völlig zerstört, und an vielen kleineren Orten im Innern Deutschlands ist das Organisationsleben durch die Einberufung aller tätigen Mitglieder völlig unterbunden worden. Auch die im Anfang des Krieges erfolgte plötzliche Stockung des Wirtschaftslebens hat wohl einen starken Mitgliederverlust zur Folge gehabt. Die Zahl der Zweigvereine der Verbände ging gegen das Vorjahr von 11 707 auf 10 980 zurück. Von den größeren Verbänden hatten einen Abgang an Mitgliedern einschließlich der Eingezogenen: Metallarbeiter 222 000, Bauarbeiter 157 800, Transportarbeiter 106 400, Holzarbeiter 78 000, Fabrikarbeiter 77 900, Bergarbeiter 43 100, Textilarbeiter 36 100, Zimmerer 28 400, Maler 22 200, Buchdrucker 20 700 und Brauerei- und Mühlenarbeiter 20 000. Im Jahresdurchschnitt tritt der Rückgang an Mitgliedern nicht so stark hervor. Es hatten die Zentralverbände 1913: 2 548 763 und 1914: 2 052 377 Mitglieder, darunter 203 648 weibliche. Die Gesamtzahl ging um 496 386 und die der weiblichen Mitglieder allein um 20 028 zurück. Durch die Einberufung einer großen Zahl männlicher Mitglieder hat sich naturgemäß der Anteil der weiblichen an der Gesamtzahl stark gehoben, obschon sich auch die Zahl der weiblichen Mitglieder erheblich verminderte. Ihr Anteil stieg von 8,8 auf 9,9 Proz. In den 46 Zentralverbänden kommen dann noch die gleichfalls der Generalkommission angeschlossenen Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter, die 1914 im Jahresdurchschnitt 5642 bzw. 17 740 Mitglieder hatten.

Auch die gegnerischen Organisationen, zu denen die Siedler-Dunderschen Gewerkvereine und die Christlichen Gewerkschaften zählen, unterlagen in der gleichen Weise wie die Zentralverbände den Wirkungen des Krieges. Die Gewerkvereine gingen von 106 618 auf 77 749 und die Christlichen Gewerkschaften von 342 785 Mitgliedern auf 282 744 zurück. Prozentual betrug der Rückgang gegen das Vorjahr bei den Zentralverbänden 19,5, bei den Gewerkvereinen 27,0 und bei den Christlichen Gewerkschaften 17,5 Proz. Diese drei Gewerkschaftsgruppen zählten 1914 zusammen 2 412 870 Mitglieder. Für die „Unabhängigen Vereine“ liegen für 1914 noch keine Angaben vor.

Im hervorragendsten Maße machen sich natürlich die Wirkungen des Krieges auf die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften geltend. Hierbei ist die Teilung der Statistik bei den Zentralverbänden in den beiden Halbjahren von hohem Werte. Bei den gegnerischen Organisationen fehlt leider diese Gliederung. Die Zentralverbände vereinnahmten 1914 insgesamt 70 871 915 M., 11 133 626 M. weniger als im Vorjahre. Im ersten Halbjahr betrug die Einnahme an Beiträgen 37 717 301 M. pro Mitglied jedoch 15,18 M., im zweiten Halbjahr dagegen nur 27 519 395 M., pro Mitglied jedoch



16,73 Mt. Absolut war die Einnahme im zweiten Halbjahr um 10 Millionen Mark geringer. Noch deutlicher kommt die Kriegszeit in den Ausgaben zum Ausdruck. Die Ausgabe aller Verbände für das ganze Jahr 1914 beläuft sich auf 79 547 272 Mt., pro Mitglied 38,76 Mt. 1913 wurden dagegen nur 74 904 962 Mt., also 4,6 Millionen Mark weniger verausgabt, und die auf jedes Mitglied entfallende Rate betrug nur 29,39 Mt. Im vollen Umfange läßt sich der Einfluß des Krieges auf die Ausgaben der Zentralverbände erst erkennen beim Vergleich der Ausgaben im einzelnen. Die Gegenüberstellung einiger wichtiger Posten gibt darüber einen guten Aufschluß:

Es wurden verausgabt:

|   | im 1. Halbjahr |            | im 2. Halbjahr |            |
|---|----------------|------------|----------------|------------|
|   | absolut        | pro Mitgl. | absolut        | pro Mitgl. |
| für Arbeitslose . . . .                     | 7 754 382      | 3,12       | 15 920 096     | 9,68       |
| „ Kranke . . . . .                          | 8 205 956      | 3,30       | 2 430 833      | 1,48       |
| „ Unterstützung in<br>Notfällen . . . . .   | 367 879        | 0,14       | 2 855 916      | 1,74       |
| „ Streiks, Aussperr.                        | 4 004 765      | 1,61       | 1 126 927      | 0,68       |
| „ Verbandsorgan . . .                       | 1 309 262      | 0,53       | 762 176        | 0,46       |
| „ Agitation . . . . .                       | 1 511 974      | 0,61       | 916 252        | 0,56       |
|   | 1914 zusammen  |            |                |            |
|   | absolut        | pro Mitgl. |                |            |
| für Arbeitslose . . . .                     | 23 718 902     | 11,56      |                |            |
| „ Kranke . . . . .                          | 10 795 912     | 5,30       |                |            |
| „ Unterstützungen in<br>Notfällen . . . . . | 3 457 391      | 1,69       |                |            |
| „ Streiks, Aussperr.                        | 5 217 641      | 2,54       |                |            |
| „ Verbandsorgan . . .                       | 2 079 049      | 1,01       |                |            |
| „ Agitation . . . . .                       | 2 563 198      | 1,25       |                |            |

Einigen Verbänden war es leider nicht möglich, auch die aus Totalkassen gemachten Ausgaben nach Halbjahren anzugeben; dadurch weisen die Ausgaben für das gesamte Jahr höhere Summen aus als sie für die beiden Halbjahre zusammen angegeben sind. Da von fast allen Verbänden nach Kriegsausbruch die Krankenunterstützung aufgehoben oder doch stark eingeschränkt wurde, auch die Führung von Streiks unterblieb, so ist bei diesen Posten die Ausgabe im zweiten Halbjahre erheblich geringer als im ersten. Nur für den Monat Juli kamen diese Ausgaben noch im vollen Umfange in Betracht. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung war im zweiten Halbjahr um 8,2 Millionen Mark höher als im ersten. Auch die Unterstützung in Notfällen weist im zweiten Halbjahr eine erhebliche Steigerung auf. An Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer wurden bis Jahreschluß 6 475 569 Mt. verausgabt. Die gesamte Ausgabe für Unterstützung betrug 1914: 54,1 gegen 1913 nur 47,7 Millionen Mark.

Der Vermögensbestand aller Verbände ging von 88 069 295 Mt. im Jahre 1913 auf 81 415 535 Mt. zurück. Dieser Vermögensrückgang ist verhältnismäßig gering, so daß trotz der großen Anforderungen, die die Kriegszeit an die Zentralverbände stellte, die Finanzlage derselben als günstig bezeichnet werden kann. Sie ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß im dritten Quartal 1914 das Wirtschaftsleben wieder ins Gleichgewicht kam und damit die Gewerkschaften enorm entlastet wurden. Die günstige Finanzlage hat denn auch die meisten Verbände veranlaßt, die statutarischen Unterstützungseinrichtungen wieder völlig in Kraft treten zu lassen.

Mit ihren finanziellen Leistungen reichen die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen bei weitem nicht an die Zentralverbände heran. Das gilt nicht nur für die absoluten Ausgaben, die ja naturgemäß erheblich geringer als bei den Zentralverbänden sein müssen, sondern auch für die im Durchschnitt auf jedes Mitglied entfallende Ausgabe. Außer der Streit- und Maßregelungsunterstützung verausgabten 1914 die Zentralverbände 48 101 811 Mt. = 23,44 Mt. pro Mitglied, die Christlichen Gewerkschaften 6 101 136 Mt. = 7,85 Mt. pro Mitglied und die Christlichen Gewerkschaften 2 402 670 Mt. = 8,50 Mt. pro Mitglied. Die Gesamtausgabe betrug bei den Gewerkschaften 2 222 222 Mt. und bei den Christlichen Gewerkschaften 5 871 801 Mt. Der Vermögensbestand belief sich auf 1 418 327 bzw. 9 727 353 Mt.

Die Durchhaltung der Gewerkschaften während der Dauer des Krieges ist gewöhnlich. Die aus dem Felde zurückkehrenden Mitglieder werden in ihnen den früheren Schutz und Rückhalt finden in den Wechseljahren des Lebens und bei den später wiederkehrenden wirtschaftlichen Kämpfen.

## Erhaltung und Mehrung der Deutschen Volkskraft.

In nicht weniger als fünf Tagungen ist kürzlich zur Frage der Erhaltung und Mehrung der Deutschen Volkskraft Stellung genommen worden. Zunächst wurde im Preussischen Abgeordnetenhaus eine Gesellschaft für Bevölkerungspolitik gegründet, dann hielt die Zentrale für Volkswohlfahrt eine mehrere Tage umfassende Versammlung im Reichstagsgebäude ab und außerdem beschäftigte sich damit der Bund für Mutterschutz und der Bund Deutscher Frauenvereine. Die von dieser Organisation veranstaltete Versammlung wollte den Standpunkt der Frauen zur Sache zum Ausdruck bringen, weil auf den beiden erstgenannten Veranstaltungen fast ausschließlich Männer ihre Ansicht geäußert hatten.

Auf den ersten Blick erscheint eine Stellungnahme zu einer Frage von so vielen Seiten etwas reichlich zu sein. Das große Interesse erklärt sich nur aus den gegenwärtigen Zuständen durch die ungeheuer viel gesunde Volkskraft auf den Schlachtfeldern vernichtet und durch die wirtschaftliche Lage breiter Massen infolge vieler Umstände, nicht zuletzt durch die große Teuerung und dem Mangel an wichtigen Nahrungsmitteln stark geschwächt wird. Das alles läßt ein Zurückgehen der Bevölkerungsziffer in den nächsten Jahren erwarten. Es ist daher verständlich, daß versucht wird, dies durch Gegenmaßnahmen zu verhindern oder doch aufzuhalten. Zweifellos mögen die in den Versammlungen gemachten Vorschläge zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft beitragen, wenn es gelingt, die Vorschläge praktisch durchzuführen. Befordert wurde u. a. Ausdehnung des industriellen Arbeitstages für männliche Personen bis zum 18. Lebensjahre, Erweiterung des Arbeiterschutzes, Erhöhung der Gehälter für Beamte und Angestellte, Allgemeine Mutterschaftsversicherung, Ausdehnung und Verbesserung der Kinderfürsorge, verbesserte Schulhygiene, Gesundheitsfürsorge der schulentlassenen Jugend, bessere Vorbereitung der Frauen auf Beruf und Mutterschaft, Wohnungshygiene und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die große Masse der Arbeiter.

Das sind alles Forderungen, die die Arbeiterorganisationen seit Jahren erheben und deren Durchführung vielfach verhindert worden ist durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Noch bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wurden die Arbeitervertreter im Reichstage im Stich gelassen mit ihrem Verlangen auf Ausdehnung der Wochenhilfe, weil der Vertreter der Regierung erklärt hatte, daß an dieser Frage das ganze Gesetz eventuell scheitern könnte. Ähnlich ist es ihnen auch mit allen anderen Forderungen ergangen.

Ein besserer Mutterschutz könnte die Säuglingssterblichkeit erheblich einschränken, namentlich wenn er ergänzt würde durch geeignete Kinderfürsorge und durchgreifenden Arbeiterschutz. In den letzten Jahren starben in Deutschland durchschnittlich 300 000 Säuglinge im Alter bis zu einem Jahre. Ein erheblicher Prozentsatz dieser Kinder wäre sicher am Leben geblieben, wenn den Müttern während der Zeit der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett und den Kindern nach der Geburt geeigneter Schutz und ausreichende Ernährung und Pflege hätte gegeben werden können. Die Zahl der Leben, die erhalten bleiben könnten, werden auf jährlich 200 000 geschätzt. Viele gehen zu Grunde weil schwangere Frauen bis auf die letzte Minute schwer arbeiten müssen, sich dabei nicht einmal ausreichend ernähren können, denn sie wollen und müssen ja in der Zeit der Schwangerschaft Vorsorge treffen für die Wochen der Arbeitslosigkeit, die das Wochenbett zur Folge hat und die Kosten der Entbindung. Wohl leisten die Krankenkassen in dieser Zeit Unterstützung, die aber unzureichend ist und nicht einmal allen Krankenkassenmitgliedern zugute kommt. Nach der Entbindung aber müssen Frauen sobald wie möglich wieder zur Erwerbsarbeit greifen ohne Rücksicht auf die Vorschriften der Gewerbeordnung, die eine Beschäftigung von Arbeiterinnen vor dem Ablauf von 6 Wochen nach der Niederkunft verbieten. Wenn Erlangung von Beschäftigung außerhalb des Hauses aus diesem Grunde nicht möglich ist, suchen die Frauen andere Arbeit, nur um Verdienst zu haben, weil sie sonst nicht leben können. Auf diese Weise schädigen sich viele Frauen und machen sich unfähig, weiter gesunde Kinder zur Welt bringen zu können. Sie gefährden aber auch das Leben der Kinder, die besonders in der ersten Zeit nach der Geburt sorgfältige Pflege brauchen. Durch geeignete Fürsorge für die werdende und die junge Mutter könnte deshalb viel für die Gesamtheit erreicht werden. Dafür liegen zahlreiche Beweise vor. So wurde z. B. von einem Redner in der von der Zentrale für



Volkswohlfahrt arrangierten Versammlung festgestellt, daß vom November 1914 ab die Säuglingssterblichkeit so gering war, wie nie zuvor. Zurückzuführen ist dies erfreuliche Resultat auf die Wirkungen der Kriegswochenhilfe durch das Reich, die den Müttern durch Beihilfen von 1 Mark pro Tag auf die Dauer von 8 Wochen nach der Entbindung und außerdem 50 Pfg. pro Tag auf die Dauer von 12 Wochen, wenn sie das Neugeborene selbst stillen, hierzu die Möglichkeit in größerem Maße geben, als es sonst der Fall war.

Ausbau des Arbeiterschutzes im Sinne der von der Arbeiterschaft stets erhobenen Forderungen könnte also ganz erheblich zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft beitragen. Er ist deshalb für diese Frage so wichtig, weil die arbeitende Bevölkerung reichlich drei Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht. Daher müssen die Gesundheitsverhältnisse und die wirtschaftliche Lage dieser Bevölkerungsschicht von ganz bedeutendem Einfluß sein.

Insofern ist wohl die in der Versammlung der Frauenvereine zum Ausdruck gebrachte Ansicht nicht ganz zutreffend, daß in der Versammlung im Reichstage ein Uebermaß an äußeren Mitteln zu Tage getreten ist. Die Rednerin legte größeres Gewicht darauf, in den Frauen mehr den Willen zur Mutterschaft und die Freude am Wachsen und Werden des neuen Menschen zu wecken.

Zweifellos sind dies sehr wichtige Momente. Wo aber auch in der Arbeiterschaft der Wille zur Mutterschaft — auch der Wille zur Vaterschaft, der dazu gehört — geweckt werden, wenn sie für die Frauen dieser Bevölkerungsschicht größere Lasten und neue Sorgen bedeutet. Wie kann sich eine Frau, die ihr Kind fremden Leuten ohne Garantie für liebevolle und richtige Pflege anvertrauen muß, weil ihr keine Zeit dafür übrig bleibt, ungetrübt am Wachsen und Werden des Kindes freuen. Auch in der Arbeiterschaft ist der Wille zur Mutterschaft vorhanden und noch viel stärker die Freude an der Entwicklung der Kinder, wenn sie einmal da sind. Zu verheeren ist aber, daß auch in der Arbeiterklasse mehr und mehr das Zweikindersystem zur Geltung kommt. Der Grund dafür ist in den wirtschaftlichen Verhältnissen und in der Wohnungsnot zu suchen. Also nicht etwa Bequemlichkeit und Vermügenssucht, sondern gerade Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den Kindern veranlaßt viele Arbeiterfamilien, auf starken Kindersegen zu verzichten.

Solange Frauen in zehnstündiger Arbeitszeit sich abrackern müssen, ohne genügend zu verdienen und daneben noch Wirtschaft und Kinder zu versorgen haben — selbst schwangere Frauen — und solange Frauen gleich nach der Entbindung wieder arbeiten müssen, wird der Wille zur Mutterschaft in der arbeitenden Bevölkerung nicht allzu stark vorhanden sein können, und nur Bevölkerungsteile in kulturell zurückgebliebenen Gegenden und Leuten ohne viel Verantwortlichkeitsgefühl wird Frau Wopelius die Wasserbütte zu empfehlen Veranlassung haben.

Deshalb sind und bleiben Ausbau des Arbeiterschutzes und Ausdehnung des Mutterschutzes, der Kinderfürsorge, Schulleistungen, Wohnungshygiene und andere sozialpolitische Maßnahmen wichtige Voraussetzungen für eine gesunde Bevölkerungspolitik. Es zu ihrer Verwirklichung werden in Arbeiterkreisen Bestrebungen wenig Erfolg haben, die stärkeren Willen zur Mutterschaft erreichen wollen.

In der jetzigen Zeit und in den ersten Jahren nach dem Kriege wird übrigens ganz besonderer Wert auf Gesunderhaltung der Kinder gelegt werden müssen, weil die Kriegsväter den Willen zur Mutterschaft in weiten Kreisen — nicht nur in der Arbeiterklasse — stark beeinträchtigt haben. Viele Frauen fürchten sich, in Rücksicht auf die unmittelbaren Kriegsväter, Kinder, vor allen Dingen Söhne, zur Welt zu bringen. Deshalb dürfte auch der vielfach gegebene Hinweis, daß der Staat Soldaten braucht, wenig geeignet sein, den Willen zur Mutterschaft zu fördern.

Diese Kriegswirkungen werden allerdings mit den Jahren weniger in Erscheinung treten. Jetzt und für die nächste Zeit werden sie zweifellos großen Einfluß ausüben. Um den Willen, Kinder zur Welt zu bringen, in der Bevölkerung und vor allen Dingen in ihrer zahlreichsten Schicht, der Arbeiterschaft, zu fördern, ist Sicherstellung der Glieder dieser Bevölkerung die Vorbedingung. Hand in Hand mit zweckmäßigen Einrichtungen zur Gesunderhaltung des Nachwuchses und zur Hebung der Arbeiterklasse, die ein Erkennen des ökonomischen Wertes einer wachsenden Bevölkerungsziffer ermöglicht, wird dann ein Erhalten und Mehrere der Volkskraft zu erreichen sein, an dem alle Bevölkerungsteile interessiert sind.

## Beiträge erwünscht

# Haus unserem Berufe

## Beiträge erwünscht

**Gefährdung der Porzellan-Konvention.** Das gute Verhältnis zwischen dem Verbands deutscher Porzellanfabriken zur Wahrung keramischer Interessen und seiner Reverskundschaft ist seit einiger Zeit gestört. Am meisten scheinen die Reverskunden damit unzufrieden zu sein, daß einem Berliner Warenhaus durch Reichsgerichtsentscheidung das Recht zuerkannt worden ist, von einer großen Zahl der leistungsfähigsten Verbandsfabriken Lieferung zu fordern. So ist gerade dieses Warenhaus in der glücklichen Lage, seinen Bedarf ganz nach Belieben bei außenstehenden Fabriken und bei den Konventionsfabriken zu decken. Eine Reihe anderer Umstände kommt hinzu, um die Reverskunden gegen die Konvention einzunehmen und sie vor die Entscheidung zu stellen, ob sie nicht den Revers, der heute für sie nur noch eine Fessel bedeutet, nicht zurückfordern sollen. Diejenige Organisation, welche die meisten dieser Kunden mit größerem Bedarf umfaßt: „Der Reichsverband deutscher Spezialgeschäfte in Porzellan-, Glas-, Haus- und Küchengeräten“ hat sich bereits für die Bejahung der Frage entschieden und schon von seinen Mitgliedern einige hundert Vollmachten zur Zurückziehung der Reverse in Händen. Nachdem diese Angelegenheit so weit gediehen ist, läßt sich annehmen, daß die Konventionsleitung, die bisher unter Hinweis auf den Kriegszustand jedes Eingehen auf die Vorschläge der Reverskunden abgelehnt hat, sich etwas entgegenkommender zeigen wird. Die Aussicht auf eine friedliche Beilegung der Differenzen ist aber nur gering, weil, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, die meisten Reverskunden fest entschlossen sein sollen, zum 31. Dezember dieses Jahres ihren Revers von der Konvention zurückzufordern. Das würde natürlich das Ende des Fabrikantenverbandes bedeuten.

In wirtschaftlicher Beziehung wäre der Zeitpunkt für die Zurückforderung der Reverse insofern gut gewählt, als die Produktion aller Porzellanfabriken durch Arbeitermangel und andere Umstände mehr oder minder eingeschränkt ist, während der Bedarf im Wachsen begriffen ist und ganz erheblich zunehmen wird, sobald nur Friedensverhandlungen in Sicht sind. Ein verheerender Preissturz ist also nicht zu befürchten. Hoffentlich ist es nach der Rückkehr normaler Verhältnisse möglich, die Porzellan-Konvention, die unleugbar für die Verbesserung der Qualität und eine gesunde Preispolitik nützlich gewirkt hat, wieder aufzurichten. (Aus Bruhns Fachblatt.)

## Uermischtes

**Die Volksfürsorge ist gemeinnützig!** Der Vorstand der Volksfürsorge hat alsbald nach Eröffnung des Betriebs der Gesellschaft, am 21. August 1913, auf dem vorgeschriebenen Weg über die Direktionsbehörde in Hamburg an den Bundesrat den Antrag gestellt:

„Die Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft von der Einrichtung des Aktienstempels befreien zu wollen.“

Nach der Nummer 1 a des Tarifs des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juni 1909 sind von inländischen Aktien 3 vom Hundert des eingezahlten Aktienkapitals zu entrichten. (In dem abgeänderten Reichsstempelgesetz vom 3. Juli 1913 ist dieser Satz auf 4 1/2 vom Hundert erhöht worden.)

Von dieser Abgabe sind nach dem Gesetz vom Jahre 1909 befreit:

„Inländische Aktien, sofern sie von Aktiengesellschaften ausgegeben werden, welche nach der Entscheidung des Bundesrats ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienen, den zur Verteilung gelangenden Reingewinn satzungsgemäß auf eine höchstens vierprozentige Verzinsung der Kapitaleinlagen beschränken, auch bei Auslosungen oder für den Fall der Auflösung nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichern und bei der Auflösung den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens für gemeinnützige Zwecke bestimmen. Die von solchen Aktiengesellschaften beabsichtigten Veranstaltungen müssen auch für die minderbegüterten Volksklassen bestimmt sein.“

Alle hier geforderten Voraussetzungen sind im Gesellschaftsvertrag durch die Verwaltung der Volksfürsorge erfüllt und nun vom Bundesrat auch als vorliegend anerkannt worden. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 26. August 1915 beschlossen, dem Antrage des Vorstandes zu entsprechen, nachdem die Voraussetzungen für die Bedingungen



der Befreiungsvorschrift zu 1a des Tarifs des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juni 1909 gegeben sind.

Diesem Entsch. folgend, hat die Hamburger Direktivbehörde die Stempelfreiheit vollzogen. Der Wert dieser Entscheidung liegt nicht so sehr in der im Interesse der Versicherten hoch erfreulichen finanziellen Wirkung als in der behördlichen Anerkennung, daß die Volksfürsorge, dem absichtlichen Willen ihrer Gründer entsprechend, ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dient und, wie es in dem abgeänderten Gesetz vom 3. Juli 1913 formuliert ist, „wesentlich der Förderung der minderbemittelten Volksklassen dient“.

## Literarisches

Zum Jubiläumstage der Gewerkschaften und der Generalkommission hat Paul Umbreit eine **Festschrift** verfaßt: „**Den Gewerkschaften gewidmet**“. Wenn er als Verfasser im Vorwort dieser Schrift erklärt, sie solle weder eine Geschichte der deutschen Gewerkschaften noch der Generalkommission sein, sondern nur ein Gedenkblatt, so scheint uns das allzu bescheiden zu sein. Sie ist beides. Kann auch die 12 Bogen umfassende Schrift keine erschöpfende geschichtliche Darstellung der deutschen Gewerkschaftsbewegung sein, so ist sie dennoch eine gedrängte, die wichtigsten Episoden lückenlos darstellende Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Jeder, der diese 25 Jahre Gewerkschaftsbewegung mit durchlebt hat, wird beim Lesen der Schrift die einzelnen Phasen nochmals durchleben und manche Erinnerung wird in ihm geweckt werden. Derjenige aber, der diese Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung persönlich nicht mit erlebt hat, wird in dieser Schrift, in der mit großem Fleiß wertvolles Material geschichtlich aneinandergereiht ist, genauere Kenntnis und einen tiefen Einblick in die Kämpfe und die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung erhalten. Sie ist im Verlage der Generalkommission erschienen und kostet im gebundenen Exemplar, durch den Buchhandel bezogen, 3 Mk. Gewerkschaftsmitglieder erhalten sie durch ihre Organisation zum Vorzugspreis von 1,60 Mark.

**Was wird nach dem Kriege?** Im Verlag der „Internationalen Korrespondenz“ (H. Baumeister), Berlin-Karlsdorf erscheint als 7. Heft der „Kriegsprobleme der Arbeiterklasse“ eine Arbeit „Großindustrie und Kriegswirkungen“ aus der Feder von Richard Woldt.

Der Verfasser skizziert die Fragen, die uns nicht nur jetzt schon stark interessieren, sondern dann noch eine bedeutende Rolle spielen, wenn der Krieg zu Ende ist. Welches werden die Wirkungen des Krieges auf die deutsche Industriewirtschaft sein? Welche Kriegslehren sind in sozialer Beziehung zu ziehen?

Zwei entgegengesetzte Tendenzen muß unausbleiblich der Krieg auch in der deutschen Industriewirtschaft hervorbringen. An Menschen im Arbeitsprozeß geschwächt, wird sich das Wirtschaftsleben zugleich rationalisieren. Es muß mehr herausgeholt werden aus dem Produktionsprozeß. Und so wird von Woldt kurz und klar die technische Entwicklung, die Zunahme der Frauenarbeit, der Abstoß der Verbrauchten, die Sorgenfrage der Unterbringung der Kriegsinvaliden, alles in Rücksicht auf das in seiner Wirtschaftlichkeit gesteigerte Erwerbsleben dargestellt. Dem gegenüber der Gang der Sozialpolitik in Deutschland, der soziale Aufbau nach dem Krieg, schließt die kleine gehaltvolle Arbeit mit einem Ausblick auf die Aufgaben, die der Arbeiterbewegung gerade auf wirtschaftlichem Gebiet noch bevorstehen.

Solche Selbstbestimmungen sind wert, daß sie viel gelesen werden. Der billige Preis von 10 Pf. ermöglicht auch Massenversendung ins Feld.

## Adressen-Änderungen

Elmshorn. H. Adolf Czernewitz, Weststr. — H. P. Schener, Holstenstr. 12 I. beide Dr.  
Grünhain. H. Georg Edert, III., Burgstr. 157.

## Versammlungs-Anzeigen

**Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.**  
Frankfurt a. M. Sonnabend, 27. November, 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, bei Kemm, Große Rittergasse 56.

## Sterbetafel.

Am 30. November 1913. Wilhelm Lange, Dreher, gebor. 28. November 1865 in Althaldensleben, gestorben 30. Oktober an Herzschlag. Mitglied seit 1912.

Wollen. Paul Bär, Maler, geboren am 21. Juni 1883 in Kirchhain bei Sonneberg, gestorben am 12. November an Ackerkrankheit. Letzte Krankheitsdauer 6 Tage. Mitglied seit 1903.

Ehre ihrem Andenken!

## Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

**Christoph Schlegel**, Brenner, geboren 8. Februar 1887 in Rehau, am 5. November in einem Feldlazarett in der Champagne an den Folgen einer schweren Verwundung gestorben. Die Zahlstelle Rehau verliert in ihm eines ihrer treuesten Mitglieder, dessen Andenken dauernd in hohen Ehren bleiben wird.

**Paul Siegel**, Garnierer, geboren am 19. November 1889 in Dresden, gefallen am 8. Oktober in Rußland. Mitglied der Zahlstelle Dresden.

**Paul Jäger**, Dreher, geboren am 8. Dezember 1894 in Weißenborn S.-A., gefallen in Rußland. Mitglied der Zahlstelle Hermsdorf.

**Joseph Strobl**, Former, geboren am 17. Oktober 1887 in Kirchberg, gefallen am 19. Mai bei Przemyel. Mitglied der Zahlstelle München.

**Ferdinand Cimme**, Dreher, geboren 8. Dezember 1890 in Groß-Ammensleben, gefallen in Frankreich. Mitglied der Zahlstelle Althaldensleben.

**Bermann Willing**, Dreher, geboren am 20. August 1882 in Neuhaldensleben, gefallen in Rußland. Mitglied der Zahlstelle Neuhaldensleben.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsgehalte u. Arbeitsangebote kostenlos

## Arbeitsmarkt

Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung

Wir suchen für sofort mehrere flotte **Malier** für leichtere und bessere Dekore.

Schlesische Porzellanfabrik **P. Donath**, G. m. b. H., Tiefenfurt, Bahnstation Rauscha.

4 bis 5 solide, an sauberes **Tolatorendreher** werden sofort Arbeiten gewöhnte eingestellt.  
Meldungen an die Redaktion „Die Ameise“ erbeten.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung zum sofortigen Antritt:  
**2 Eindreher auf Kochgeschirre**, darunter ein **Formengießer** infolge Einberufung der jetzigen zum Heeresdienst.

**F. M. Hötlich**, Ofen- und Tonwarenfabrik Strehla a. Elbe.

Porzellanfabrik in der Nähe Berlins sucht **Stanzmeister**, der mit allen in der Stanzerei elektrotechnisch (Matrix einspannen etc.) bestens vertraut und größeres Personal zu leiten versteht. Von gleicher Firma wird erfahrener, selbständiger **Brenner** gesucht. Eintritt möglichst sofort. Meldungen an die Redakt. der „Ameise“ erbeten.

**Figurist**, der vollständig im Formen, Gießen und Bugen von Gipsfiguren bewandert ist, sucht Stellung, event. als Betriebsleiter. Alter 33 Jahre, militärfrei. Offerten unter A. N. 10 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Preis der Zeitschriften  
Beitrag 20 Pfennig

## Geschäfts-Anzeigen

Vorauszahlung  
ist Bedingung

**Goldschmied, goldb. Malrückstände usw.**  
kauft **M. Köhler**, Dresden-A., Gericht-Str. 8 II.  
Hohe Preise. — Reelle Bedienung. — Sofort Kass.

**Goldschmied**, Goldflaschen und alle in der Vergolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann**, Stadtilm i. Thür.

**Goldschmied**, verdichtetes Glanzgold und iontische goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekt.  
**Emil Böhme**, Ellenberg S.-A. Ältestes Geschäft dieser Art.  
NB. Empfehle fr. Glanzgold. 10 Gr. 8,50 Mk.

**Gold-, Silber- und Platinabfälle**  
als Schmelze, Ringe, Lappen, Stäpfer, Binzel, Röpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend  
**Max Haupt**, Dresden-A., Bönnichplatz 17

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen  
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4  
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4  
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22